



Universität Hamburg

DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

Nr. 125 vom 09. Dezember 2014

AMTLICHE BEKANNTMACHUNG

Hg.: Der Präsident der Universität Hamburg
Referat 31 – Qualität und Recht

Berufungsordnung der Universität Hamburg

**beschlossen vom Akademischen Senat
am 20.11.2014**

- § 1 Ausschreibung und Gewinnung von Bewerberinnen und Bewerbern
- § 2 Zuständigkeiten des Dekanats und des Fakultätsrats
- § 3 Dauer des Verfahrens
- § 4 Berufungsbeauftragte
- § 5 Berufungsausschuss, Einsetzung und Zusammensetzung
- § 6 Arbeitsweise, Auswahlkriterien
- § 7 Verschwiegenheitspflicht
- § 8 Prüfung der Einstellungsvoraussetzungen für Professuren gemäß § 15 HmbHG
- § 9 Prüfung der Einstellungsvoraussetzungen für Juniorprofessuren gemäß § 18 HmbHG
- § 10 Hausberufungen
- § 11 Tenure Track
- § 12 Anhörung
- § 13 Gutachten
- § 14 Vorschlag des Berufungsausschusses
- § 15 Minderheitsvorschlag
- § 16 Entscheidung des Fakultätsrats
- § 17 Weiterleitung des Berufungsvorschlags über das Dekanat an das Präsidium
- § 18 Hauptinhalt des Berufungsvorschlags
- § 19 Prüfung und Entscheidung des Präsidiums
- § 20 Außerordentliche Berufung
- § 21 Inkrafttreten

Präambel

Aufgrund des § 85 Absatz 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 14 Absatz 5 Hamburgisches Hochschulgesetz (HmbHG) erlässt der Akademische Senat die nachfolgende Berufsordnung für die Berufung von Professorinnen und Professoren sowie von Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren der Universität Hamburg.

§ 1

Ausschreibung und Gewinnung von Bewerberinnen und Bewerbern

- (1) Das Präsidium schreibt die Stelle aus, die Ausschreibung erfolgt i.d.R. auch international. Das Dekanat der Fakultät, in der die Berufung erfolgen soll, legt dem Präsidium mit dem Antrag auf Ausschreibung der Stelle einen Vorschlag für einen Ausschreibungstext vor.
- (2) Die Ausschreibung beinhaltet Art und Umfang der zu erfüllenden Aufgaben; insbesondere: das Fachgebiet, die Fakultät oder die wissenschaftliche Einrichtung, der die Stelle zugeordnet ist, sowie die Funktionsbeschreibung der Stelle, die wahrzunehmenden Lehr- und Forschungsaufgaben, und Anforderungen an die Bewerberinnen und Bewerber (Lehr- und Forschungserfahrung sowie z.B. Managementkompetenzen). Eine über das Erforderliche hinausgehende fachliche Verengung ist zu vermeiden, § 14 Abs. 1 Satz 3 HmbHG. Auf die Regelung des § 12 Abs. 7 Satz 2 HmbHG ist hinzuweisen.
- (3) In besonders begründeten Fällen können Professuren ausschließlich für Frauen ausgeschrieben werden.
- (4) Parallel zur Ausschreibung suchen das Dekanat und / oder der Berufungsausschuss im Inland und im Ausland nach geeigneten Wissenschaftlern und insbesondere Wissenschaftlerinnen.
- (5) Geht auf die Ausschreibung nicht wenigstens eine hinreichend qualifizierte Bewerbung ein, und gelingt es dem Dekanat bzw. dem Berufungsausschuss nicht, qualifizierte Nichtbewerberinnen oder Nichtbewerber vorzuschlagen, wird das Verfahren auf Antrag des Dekanats vom Präsidium beendet.

§ 2

Zuständigkeiten des Dekanats und des Fakultätsrats

- (1) Die Sicherstellung für die sachgerechte Durchführung des Berufungsverfahrens bis zur Entwicklung eines Berufungsvorschlags liegt bei dem Dekanat der Fakultät, in der die Berufung erfolgen soll.
- (2) Der Fakultätsrat setzt den Berufungsausschuss ein und entscheidet über den Berufungsvorschlag des Ausschusses. Das Dekanat leitet den Berufungsvorschlag an das Präsidium weiter.

§ 3 Dauer des Verfahrens

Das Dekanat vereinbart zu Beginn des Verfahrens mit dem Berufungsausschuss einen Zeitrahmen, der den externen Mitgliedern und auch den in Aussicht genommenen Bewerberinnen bzw. Bewerbern rechtzeitig mitgeteilt wird. Die Verfahrensdauer vom Ende der Ausschreibungsfrist bis zur Weitergabe des Berufungsvorschlags an das Präsidium soll sechs Monate nicht überschreiten. Eine Information der Bewerberinnen und Bewerber über wichtige Verfahrensschritte wird sichergestellt.

§ 4 Berufungsbeauftragte

- (1) Das Dekanat benennt eine Berufungsbeauftragte bzw. einen Berufungsbeauftragten der Fakultät, die bzw. der die Durchführung der Berufungsverfahren im Berufungsausschuss unterstützend begleitet und als Schnittstelle zwischen Berufungsausschuss, Dekanat, Fakultätsrat und Präsidium wirkt.
- (2) Die bzw. der Berufungsbeauftragte unterstützt die Universität in ihrer Verantwortlichkeit für das Berufungsgeschehen. Insbesondere achtet die bzw. der Berufungsbeauftragte darauf, dass die Pläne zur strategischen Entwicklung der Hochschule auf der Grundlage des STEP sowie die in der Ausschreibung festgelegten Kriterien bei der Entscheidungsfindung des Berufungsausschusses berücksichtigt werden. Sie bzw. er achtet darauf, dass der wettbewerbliche Charakter des Verfahrens gewahrt wird, das Verfahren transparent ist und die Bewerberinnen und Bewerber über den Stand des Verfahrens informiert sind.
- (3) Die Berufungsbeauftragten sind berechtigt, mit beratender Stimme an den Sitzungen der Berufungsausschüsse ihrer Fakultäten teilzunehmen. Sie können alle das Verfahren betreffenden Unterlagen einsehen.

§ 5

Berufungsausschuss, Einsetzung und Zusammensetzung

- (1) Dem Berufungsausschuss gehören Vertreterinnen und Vertreter der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, darunter zwei vom Präsidium benannte externe Professorinnen oder Professoren, und je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Studierenden und des akademischen Personals an. Die Professorinnen und Professoren müssen mindestens über die absolute Mehrheit der Sitze und Stimmen verfügen.
- (2) Der Berufungsausschuss wird vom Fakultätsrat eingesetzt.
- (3) Jedes Geschlecht ist im Berufungsausschuss mit mindestens 40% der stimmberechtigten Mitglieder vertreten. Dabei können auch geeignete Personen aus fachlich benachbarten Bereichen berücksichtigt werden. Ausnahmen müssen vom Präsidium auf Antrag des Dekanats im Benehmen mit der bzw. dem universitären Gleichstellungsbeauftragten genehmigt werden. Die bzw. der Gleichstellungsbeauftragte der Fakultät nimmt, wenn er bzw. sie nicht als Mitglied des Berufungsausschusses gewählt wurde, an den Sitzungen des Berufungsausschusses beratend teil und ist wie ein Mitglied einzuladen.
- (4) Die anderen Fakultäten sind berechtigt, je eine Vertreterin Hochschullehrerin bzw.

einen Vertreter Hochschullehrer mit beratender Stimme in den Berufungsausschuss zu entsenden, auf Wunsch der das Verfahren durchführenden Fakultät auch mehr. Sie sind rechtzeitig über die Einsetzung des Ausschusses zu unterrichten und benennen ihre Vertreterinnen bzw. ihre Vertreter nach den in der Fakultätsordnung der entsendenden Fakultät vorgesehenen Regeln. Die Anzahl der Vertreterinnen und Vertreter der anderen Fakultäten darf die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder des Berufungsausschusses nicht übersteigen.

(5) Wenn eine zu besetzende Professur oder Juniorprofessur nach der fachlichen Ausrichtung eine andere Fakultät berührt, wirkt der Fakultätsrat der berufenden Fakultät auf eine angemessene Vertretung der betreffenden Fakultät im Berufungsausschuss hin.

(6) Ist eine Stelle mit einer Professorin oder einem Professor oder einer Juniorprofessorin oder einem Juniorprofessor zu besetzen, mit der eine Aufgabe in einer wissenschaftlichen Einrichtung außerhalb der Universität verbunden ist, so trifft die Universität, vertreten durch die Präsidentin bzw. den Präsidenten, mit dem Träger der Einrichtung vor Beginn des Berufungsverfahrens eine Vereinbarung über die Zusammensetzung des Berufungsausschusses und über den Ablauf des Verfahrens bis zur Aufstellung des Berufungsvorschlags (§ 97 HmbHG).

(7) Die von einer anderen Fakultät nach Absatz 5 oder einer Einrichtung nach Absatz 6 entsandten Mitglieder des Berufungsausschusses nehmen stimmberechtigt an allen Ausschusssitzungen teil.

(8) Die im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung von einer wissenschaftlichen Einrichtung außerhalb der Universität oder von einer anderen Hochschule in einen Berufungsausschuss entsandten Mitglieder gelten nicht als externe Mitglieder i.S. des § 14 Absatz 2 Satz 5 HmbHG.

(9) Dem Berufungsausschuss darf nicht angehören, wer die Stelle innehat oder innegehabt hat. Im Übrigen richtet sich die Frage der Befangenheit im Berufungsverfahren nach den §§ 20 und 21 HmbVwVfG in entsprechender Anwendung. Die Mitglieder der Berufungsausschüsse geben nach Bekanntgabe der Bewerbungen eine schriftliche Erklärung über mögliche Interessenkonflikte ab; der Berufungsausschuss entscheidet entsprechend § 20 Absatz 4 HmbVwVfG über die weitere Mitwirkung im Berufungsausschuss.

§ 6

Arbeitsweise, Auswahlkriterien

(1) Der Berufungsausschuss trifft seine Auswahlentscheidung unter Berücksichtigung der Erfüllung der Ausschreibungskriterien sowie der folgenden Kriterien:

- wissenschaftliche Qualifikation,
- didaktische Kompetenz,
- Fähigkeit, der Universität Hamburg neue Impulse für Forschung und Lehre zu geben,
- wiss. Beiträge zu Forschungsschwerpunkten der UHH sind zu erwarten,
- besonderes Engagement in der Lehre und Erfahrungen bei der Entwicklung von Curricula,
- Befähigung zum Management, insbesondere Personalführungskompetenz, soziale Kompetenz
- Erfahrungen bei der Einwerbung von Drittmitteln,
- internationale Erfahrungen,
- Bereitschaft und Eignung zur interdisziplinären Zusammenarbeit.
- Fähigkeit, die Gender-Thematik in Forschung und Lehre zu berücksichtigen.

(2) In der konstituierenden Sitzung kann der Berufungsausschuss Kriterien im Sinne

einer Konkretisierung der Anforderungen an die Professur beschließen, soweit sie mit der Widmung und dem Ausschreibungstext vereinbar sind. Dies muss vor Kenntnisnahme der Bewerbungen geschehen.

§ 7

Verschwiegenheitspflicht

Berufungsangelegenheiten werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt. Die Beteiligten sind zur Verschwiegenheit über die Sitzungsgegenstände verpflichtet. Bei Entscheidungen über Personen (Einladung, Erstellung der Berufsliste) ist geheim abzustimmen. Darüber hinaus kann der Berufungsausschuss auf Antrag geheime Abstimmung beschließen.

§ 8

Prüfung der Einstellungsvoraussetzungen für Professuren gemäß § 15 HmbHG

- (1) Bei der Prüfung der Einstellungsvoraussetzungen für Professuren sind die Bestimmungen des § 15 HmbHG anzuwenden.
- (2) Das Vorliegen der zusätzlichen wissenschaftlichen Leistungen nach § 15 Absatz 4 HmbHG ist jeweils im Hinblick auf die Qualifikationsanforderungen der Stelle zu bewerten. Für den Nachweis der zusätzlichen wissenschaftlichen Leistungen kann eine Habilitation nicht verlangt werden.

§ 9

Prüfung der Einstellungsvoraussetzungen für Juniorprofessuren gemäß § 18 HmbHG

- (1) Bei der Prüfung der Einstellungsvoraussetzungen für Juniorprofessuren sind die Bestimmungen des § 18 HmbHG anzuwenden.
- (2) Für die Auswahlentscheidung unter Forschungsgesichtspunkten bildet die herausragende Qualität der Promotion die Grundlage. Eventuell vorhandene zusätzliche wissenschaftliche Leistungen können in das Prüfungsverfahren einbezogen werden. Ihr Fehlen darf nicht zum Ausschlusskriterium gemacht werden.
- (3) Ausnahmen von der Frist von sechs Jahren nach § 18 Absatz 4 HmbHG sind nur zulässig, wenn die Fakultät nachweist, dass die Qualifizierungsphase bis zum Abschluss der Promotion in dem betreffenden Fach aufgrund fachspezifischer Gegebenheiten regelhaft über einen Zeitraum von sechs Jahren hinausreicht. Bei Ausnahmen von der genannten Frist ist ein strenger Maßstab anzulegen und darauf zu achten, dass das mit der Einführung der Juniorprofessur verfolgte Ziel der deutlichen Senkung des Erstberufungsalters nicht gefährdet wird.
- (4) Auf eine Juniorprofessur mit erziehungswissenschaftlichen oder fachdidaktischen Aufgaben in der Lehrerausbildung soll nur berufen werden, wer eine dreijährige Schulpraxis oder vergleichbare Praxiserfahrungen nachweist. Bei Vorliegen dieser Praxiserfahrung kann eine Verlängerung der Sechs-Jahres-Frist nach § 18 Absatz 4 HmbHG um ein Jahr eingeräumt werden; Kann die Praxiserfahrung erst teilweise nachgewiesen werden, verkürzt sich die einjährige Fristverlängerung entsprechend.

§ 10

Hausberufungen

- (1) Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren können bei der Berufung auf eine Professur nur dann berücksichtigt werden, wenn sie an einer anderen Hochschule promoviert wurden oder nach ihrer Promotion mindestens zwei Jahre außerhalb der Universität wissenschaftlich tätig, zumindest überwiegend wissenschaftlich tätig waren.
- (2) Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und wissenschaftliche Mitarbeiter der Universität können nur in begründeten Ausnahmefällen und nur unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 (externe Promotion oder nach Promotion mindestens 2 Jahre externe wissenschaftliche Tätigkeit) auf eine Lebenszeitprofessur berufen werden.
- (3) Weitere Mitglieder der Universität gemäß § 2 Absatz 1 und gemäß § 2 Absatz 2 Ziff. 3 – 5 und 8 der Grundordnung, (Gastprofessorinnen oder -professoren, Vertretungsprofessorinnen oder -professoren, Lehrbeauftragte und Privatdozentinnen oder Privatdozenten), die der Universität zum Zeitpunkt der Ausschreibung länger als sechs Monate angehören, können nur in besonders gelagerten Fällen zur Berufung vorgeschlagen werden. Dies gilt auch für Bewerberinnen und Bewerber, die ihre Qualifikationen (Promotion und / oder Habilitation) überwiegend an der UHH erworben haben. Die Absätze 1 und 2 bleiben unberührt. Der Vorschlag ist besonders zu begründen.
- (4) Soll eine in Absatz 2 oder Absatz 3 genannte Person zur Berufung vorgeschlagen werden, so sind mindestens zwei auswärtige vergleichende Gutachten einzuholen und vom Berufungsausschuss auszuwerten. Eine Hausberufung ist nur möglich, wenn der Berufungsausschuss auf der Basis der positiven auswärtigen Gutachten feststellt, dass die Hausbewerberin bzw. der Hausbewerber besser qualifiziert ist als die weiteren Bewerberinnen und Bewerber.

§ 11

Tenure Track

- (1) Eine Ausschreibung und die Aufstellung eines Berufungsvorschlags entfallen, wenn eine Juniorprofessorin oder ein Juniorprofessor auf eine Professur derselben Hochschule berufen werden soll, sofern bei der Ausschreibung der Juniorprofessur auf diese Möglichkeit hingewiesen worden ist (Tenure Track). Dies setzt voraus, dass die Bewährung der Juniorprofessorin oder des Juniorprofessors in einem zuvor durchgeführten Bewertungsverfahren positiv festgestellt worden ist. Die Zwischenevaluation im Rahmen der Juniorprofessur ersetzt dabei nicht das nach Tenure Track zum Ende der Juniorprofessur durchzuführende Bewertungsverfahren.
- (2) Für eine Berufung nach dem Tenure Track-Modell gelten die Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 der Berufsordnung bereits für die Berufung auf die Juniorprofessur.

§ 12

Anhörung

- (1) Nach Ablauf der Bewerbungsfrist werden die in die engere Wahl gezogenen Bewerberinnen und Bewerber zu einer Anhörung und einer nicht öffentlichen Aussprache eingeladen.
- (2) Die Anhörung ist so zu organisieren, dass sie auch über die Qualifikation in der Lehre der Bewerberinnen und Bewerbern Aufschluss gibt.
- (3) Bei der Vorauswahl für die Anhörung ist sicherzustellen, dass alle für die Stelle qualifizierten Bewerberinnen, die den Anforderungen der Stelle entsprechen, eingeladen werden. Sofern dies wegen einer zu großen Zahl von Bewerberinnen nicht möglich ist, müssen wenigstens so viele Bewerberinnen wie Bewerber eingeladen werden.
- (4) Die Anhörung ist hochschulöffentlich. Sie ist in geeigneter Form fakultätsöffentlich anzukündigen. Das Präsidium wird zur Anhörung eingeladen.

(5) In der nicht öffentlichen Aussprache mit Mitgliedern des Dekanats und des Berufungsausschusses besteht Gelegenheit zum Austausch von Informationen über die mit der Stelle verbundenen Anforderungen, deren Ausstattung einschließlich der Service-Angebote der Universität (z.B. Dual Career Service) sowie die Perspektiven und Erwartungen der Bewerberinnen oder der Bewerber. Weiter werden Kompetenzen der Bewerberinnen oder der Bewerber im Bereich der Personalführung und der Wahrnehmung von Managementaufgaben erörtert.

§ 13

Gutachten

(1) Der Berufungsausschuss soll zur Würdigung der fachlichen und pädagogischen Eignung der in die engere Wahl gezogenen Bewerber/innen mindestens zwei Gutachten von auswärtigen Professorinnen und Professoren einholen, darunter mindestens ein vergleichendes Gutachten.

(2) Bei der Einholung von Gutachten sollen Professorinnen als Gutachterinnen im Rahmen der vorgesehenen Anzahl von Gutachten anteilig berücksichtigt werden.

(3) Die Befangenheitsregelung des § 5 Absatz 9 Satz 2 gilt entsprechend für die Bestellung von Gutachtern bzw. Gutachterinnen.

§ 14

Vorschlag des Berufungsausschusses

Der Berufungsausschuss stellt seinen Berufungsvorschlag nach Durchführung der Anhörung unter Berücksichtigung der Erfüllung der Ausschreibungskriterien und der in § 6 genannten Auswahlkriterien, sowie unter Berücksichtigung der Gutachten und des § 18 auf.

§ 15

Minderheitsvorschlag

Jedes Mitglied des Berufungsausschusses ist berechtigt, einen Minderheitsvorschlag vorzulegen. In diesem ist zu begründen, warum dem Mehrheitsvorschlag nicht gefolgt wird.

§ 16

Entscheidung des Fakultätsrats

Der Fakultätsrat fasst seinen Beschluss über den Berufungsvorschlag sowie über ggf. vorliegende Minderheitsvorschläge nach dem Beschluss des Berufungsausschusses auf der Grundlage des Vorschlags des Berufungsausschusses und der bzw. dem Gleichstellungsbeauftragten der Fakultät. Weicht er dabei von der Vorlage des Berufungsausschusses ab, so hat er dies zu begründen und die unveränderte Vorlage beizufügen.

§ 17

Vorlage des Berufungsvorschlags durch das Dekanat an das Präsidium

Das Dekanat leitet den Berufungsvorschlag und den Beschluss des Fakultätsrats an das Präsidium. Das Dekanat kann eine abweichende Auffassung beifügen.

§ 18

Hauptinhalt des Berufungsvorschlags

- (1) Der Berufungsvorschlag muss die Berufsliste sowie eine Erläuterung enthalten.
- (2) Die Berufsliste soll in der Regel drei Namen enthalten. Jedes Geschlecht soll auf der Liste vertreten sein. Frauen bzw. Männer sind bei gleichwertiger Qualifikation bevorzugt zu berücksichtigen, solange der Frauen- bzw. Männeranteil unter den Mitgliedern nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 HmbHG in der jeweiligen Fakultät 50 vom Hundert nicht erreicht; Ausnahmen sind nur zulässig, wenn in der Person einer Mitbewerberin oder eines Mitbewerbers schwerwiegende Gründe sozialer Art vorliegen (§ 14 Absatz 3 HmbHG). Bei der Beurteilung der Eignung, Leistung und Befähigung von Bewerberinnen und Bewerbern mit einer Behinderung sind bisherige Nachteile aufgrund der Behinderung zu berücksichtigen (§ 14 Abs. 3 S. 4 HmbHG).
- (3) Die Erläuterung enthält
 1. eine Würdigung der Qualifikation jeder/s Vorgeschlagenen, die deren/dessen fachliche, pädagogische und persönliche Eignung jeweils gesondert bewertet und daraus entsprechend der Gewichtung der wahrzunehmenden Aufgaben ihre/seine Gesamtqualifikation ableitet und
 2. eine darauf gestützte Begründung der Reihenfolge des Berufungsvorschlags. Dabei sind die Ausführungen über die Qualifikation der in der Berufsliste genannten Personen unter Berücksichtigung von Funktionsbeschreibung, Ausschreibungstext und Auswahlkriterien aufeinander abzustimmen und zu einem als Ganzes begründeten Vorschlag zusammenzufassen.
- (4) Der Berufungsvorschlag umfasst weiter einen Verfahrensbericht sowie die Kurzlebensläufe der Listenplatzierten.
- (5) Über die dem Berufungsvorschlag weiter beizufügenden Unterlagen entscheidet das Präsidium. Sie sind dem Anhang zu dieser Berufsordnung zu entnehmen.

§ 19

Prüfung und Entscheidung des Präsidiums

- (1) Das Präsidium entscheidet nach Prüfung des Berufungsvorschlags über die Ruferteilung. Dabei verfährt es in der Regel nach der im Berufungsvorschlag empfohlenen Reihenfolge. Abweichungen sind zu begründen.
- (2) Das Präsidium gibt der bzw. dem Gleichstellungsbeauftragten der Universität vor der Entscheidung über den Berufungsvorschlag Gelegenheit zur Stellungnahme.

§ 20

Außerordentliche Berufung

- (1) In Ausnahmefällen kann das Präsidium mit Zustimmung des Hochschulrats und nach Anhörung des Fakultätsrats eine herausragend geeignete Person, an deren Gewinnung ein besonderes Interesse besteht, berufen.
- (2) Eine Ausschreibung und die Aufstellung eines Berufungsvorschlags entfallen.

§ 21

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit Beschluss des Akademischen Senats und Veröffentlichung durch den Präsidenten in Kraft. Gleichzeitig tritt die Fassung der Berufsordnung der Universität Hamburg in der Bekanntmachung vom 01.01.2009 außer Kraft.

Anhang zur Berufungsordnung gemäß § 18 Abs. 5 Berufungsordnung

Berufungsvorschlag und beizufügende Unterlagen

Das Dekanat wird gebeten, dem Präsidium zur Entscheidung über die Berufung folgende Unterlagen vorzulegen:

1. Berufungsvorschlag unter Darstellung

1.1 des Aufgabengebiets und des Stellenwerts der Professur

1.2 des Verfahrensablaufs

- Einsetzung und Zusammensetzung des Berufungsausschusses und Bestellung der bzw. des Vorsitzenden
- wann und wo erfolgte die Ausschreibung, Bewerbungsschluss
- Bemühungen zur Gewinnung von Bewerberinnen bzw. dem jeweils unterrepräsentierten Geschlecht
- Kriterien
- Gründe für die Nichtberücksichtigung von Bewerberinnen und Bewerbern, (welche Bewerberinnen und Bewerber erfüllen die Einstellungsvoraussetzungen nicht, individuelle Begründung erforderlich)
- Begründung für die Auswahl der Gutachterinnen und Gutachter
- Dokumentation von Befangenheit
- Anhörungen und der Gespräche mit Bewerberinnen und Bewerbern (Zeitpunkt, Anzahl und Geschlecht der Eingeladenen)

1.3 der im Berufungsausschuss gefassten Beschlüsse und Abstimmungsergebnisse, der Entscheidung des Fakultätsrats zum Berufungsvorschlag mit Abstimmungsergebnis und der Stellungnahme des Dekanats (mit Abstimmungsergebnis).

1.4 der die Auswahlentscheidung tragenden Gründe: Würdigung der Qualifikation jeder bzw. jedes Vorgeschlagenen, die die fachliche, pädagogische und persönliche Eignung entsprechend der Gewichtung der wahrzunehmenden Aufgaben jeweils gesondert bewertet sowie eine daraus abgeleitete Begründung der Reihenfolge des Berufungsvorschlags

1.5 einschließlich einer Auseinandersetzung mit den Voten der eingeholten Gutachten, einer Bewertung möglicherweise vorliegender Minderheitsvorschläge und/oder nicht zustimmenden Stellungnahmen der/des Gleichstellungsbeauftragten der Fakultät, einer Begründung für das Abweichen von der Sollvorschrift der Dreierliste sowie einer besonderen Begründung für den evtl. Vorschlag einer Hausberufung.

2. Mit dem Berufungsvorschlag einzureichende Unterlagen:

2.1 Ausschreibungstext

2.2 (genehmigte) Protokolle des Berufungsausschusses (das Protokoll der letzten Sitzung des Berufungsausschusses muss die Zustimmung der anwesenden Mitglieder erkennen lassen), des Fakultätsrats und des Dekanats,

2.3 das Schreiben der Präsidentin oder des Präsidenten zur Benennung der externen Mitglieder des Berufungsausschusses,

2.4 Liste mit allen eingegangenen Bewerbungen,

2.5 Befangenheitserklärungen,

2.6 Stellungnahme der/des Gleichstellungsbeauftragten der Fakultät,

2.7 eingeholte Gutachten (mindestens zwei auswärtige Gutachten) mit Unterschrift,

2.8 ggf. vorhandene Minderheitsvorschläge aus der Berufungskommission,

2.9 Kurzlebenslauf, derzeitige Tätigkeit, sowie Anschrift der Listenplatzierten,

2.10 alle Bewerbungsunterlagen, sofern Bewerbung in Papierform

2.11 für die Listenplatzierten müssen zusätzlich noch vorliegen: Hochschulabschlusszeugnis, Promotions- ggf. Habilitationsurkunde o.ä